

N i e d e r s c h r i f t

PLBUA/IX/44

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 12.02.2020 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ausschussvorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Gövert, Hermann-Josef

Hemker, Leo

Lethmate, Frederik Maximilian

Meinert, Alexander

sachkundiger Bürger

Mensing, Hartwig

Rahsing, Ewald

Söller, Hubertus

Vertretung für Herrn Bernhard Wigger

Vertretung für Herrn Klaus-Peter Kreuzfeldt

Vertretung für Herrn Tobias Espelkott

Vertretung für Herrn Ralf Steindorf

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Branse, Martin

Von der Verwaltung

Brodkorb, Anne

Croner, Wolfgang

Nürnberg, Anna

Averesch, Stefan

Schulz, Alexander

Heitz, Marco

Fachbereichsleiterin

Fachbereichsleiter

Kämmerin

Leiter Bauhof

Produktverantwortlicher

Schrifführer

Als Gast zu TOP 5 ö.S.

Becke, Corinna

M. Sc. Landschaftsökologin
Naturschutzzentrum Kreis
Coesfeld e.V. (Biologische
Station)

Als Gast zu TOP 6 nö. S.

Blankenagel, Stephan

Dipl. Ingenieur
Ingenieurbüro Kettler u.
Blankenagel

Es fehlen entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Espelkott, Tobias
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Steindorf, Ralf
Weber, Winfried
Wigger, Bernhard

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

23:31 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Lembeck begrüßt die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Seyock von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 03. Februar 2020 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

1.1 Kosten für Verkehrsberuhigung - Herr Nowak

Herr Michael Nowak möchte wissen, wie hoch die Mehrkosten zur Verkehrsberuhigung mit Bäumen im Vergleich zur ursprünglichen Planung seien.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass dazu keine pauschale Antwort möglich sei. Es sei nunmehr erstmalig eine Ausbauplanung konzipiert worden. Der Ausbaustandard sei vergleichbar mit anderen Baugebieten (Beispiel Kleikamp II). Im TOP 6 ö.S. werde die Thematik weiter konkretisiert.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (1. Teil)

2.1 Liegenschaften in Darfeld - Herr Lethmate

Ausschussmitglied Lethmate möchte den Sachstand zu den Liegenschaften Elfers und Darfelder Markt in Darfeld wissen.

Bürgermeister Gottheil bestätigt, dass beide Liegenschaften keinen guten Eindruck vermittelten. Für die Liegenschaft Elfers am Darfelder Markt liege eine Abriss- und Neubaugenehmigung vor und der Bauherr müsse an der Umsetzung arbeiten. Bei der Liegenschaft „Darfelder Markt 1“ habe es einen Eigentümerwechsel gegeben und die Liegenschaft solle seinem Wissen nach einer neuen Nutzung zugeführt werden. Hierbei sei aber der Denkmalschutz zu beachten.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 21. November 2019.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Ausschussvorsitzender Lembeck fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 21. November 2019 gibt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss PLBUA/IX/43 vom 21. November 2019 wird hiermit formal genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

5 **Vortrag "Blühstreifen", Frau Becke, Naturschutzzentrum Kreis Coesfeld e.V.**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf den Tagesordnungspunkt und begrüßt Frau Corinna Becke, M. Sc. Landschaftsökologin vom Naturschutzzentrum Kreis Coesfeld e.V. (Biologische Station).

Frau Becke geht mittels einer Power-Point-Präsentation in ihrem Vortrag auf die Thematik „Blühstreifen“ ein und erläutert dies ausführlich. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ausschussmitglied Hemker möchte wissen, wie sich der Kontakt bzw. die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft gestalten, auch bezüglich der Drainierung von landwirtschaftlichen Flächen. Es habe bereits ein Umdenken der Landwirte begonnen, dies auch durch geförderte Flächenstilllegungen.

Frau Becke teilt mit, dass man bezüglich des Projektes „Blühstreifen“ nur mit wenigen Landwirten in Kontakt stehe, da auch der Bewirtschaftungsdruck von Flächen stark sei. Entsprechend gebe es ein langsames Vorgehen bei der Schaffung von Blühstreifen. Es müsse darauf geachtet werden, dass nur gewünschte Pflanzen im Blühstreifen seien und eine Ausmerzung der unerwünschten Pflanzen erfolge. Entsprechend seien viele Punkte zu beachten, um eine Nachhaltigkeit zu erreichen.

Ausschussmitglied Mensing möchte wissen, ob das Mahdgut nicht zur Gewinnung von Saatgut verwendet werden könne, um dieses dann Landwirten zur Verfügung stellen zu können.

Frau Becke führt aus, dass teilweise landwirtschaftliche Streifen zur Saatgutgewinnung genutzt werden. Aber es sei noch nicht ausgewogen und ausreichend vorhanden. Es werde vornehmlich die Aussaat in Schutzgebieten als Material gewünscht.

Ausschussmitglied Rahsing möchte wissen, ob regionales Saatgut auch durch Privatpersonen genutzt werden könne und wo selbiges zu erwerben sei.

Frau Becke argumentiert, dass nur ausgewähltes Saatgut eingesetzt werden solle. Es erfolge eine Zusammenarbeit mit dem biologischen Zentrum Lüdinghausen und entsprechend werden gemeinsame Empfehlungen gegeben.

Ausschussmitglied Branse macht deutlich, dass es darauf ankomme, dass etwas getan werde, auch wenn nicht ausreichend entsprechendes Saatgut vorhanden sei. Eine Anlage von flächendeckenden Magerwiesen sei wohl nicht möglich. Deshalb sollten Landwirte so weiter machen wie bisher. Dies sei besser als gar nichts zu unternehmen. Auch solle eine Vernetzung der Blühstreifen erfolgen. Er halte die Übergangslösung der Landwirte für in Ordnung und es solle so weiter vorgegangen werden, um Hilfe für Insekten und Bienen zu stellen. Er möchte wissen, ob der Mahdschnitt dem Biomüll zugeführt werden könne.

Frau Becke teilt mit, dass der Schnitt nicht dem Biomüll zugeführt werde. Sie erläutert, warum es wichtig sei, dass eigens gewonnene Saatgut zu verwenden. Saatgut, welches gekauft werden kann, sei oftmals nicht dazu geeignet, einheimische Insektengruppen anzulocken.

Ausschussmitglied Lethmate spricht seinen Dank für den Vortrag und die Betrachtung der Nachhaltigkeit aus und beschreibt, dass es eine Zusammenarbeit mit öffentlichen Trägern gebe. Er möchte wissen, wie das Naturschutzzentrum aufgebaut sei und wie die Finanzierung erfolge.

Frau Becke führt aus, dass die biologische Station zu 80 % durch das Land NRW finanziert werde und es von dort auch Anweisung von zu kartierten Flächen gebe, da auch der Artenschutz zu beachten sei. Die Kreise mit ihren Mitgliedern beteiligen sich auch finanziell an der Arbeit der biologischen Station.

Ausschussmitglied Hemker macht deutlich, dass immer mehr Privatgärten als Steinwüste angelegt werden. Er möchte wissen, inwieweit dies aktiv verhindert werde bzw. geändert werden solle.

Frau Becke teilt mit, dass das biologische Zentrum Lüdinghausen Beratungen vornehme und eine Liste über Förderung von Pflanzenarten im Privatgarten erstellt worden sei. Im biologischen Zentrum seien auch ausreichend Informationsmaterial und Schauflächen vorhanden.

Ausschussmitglied Lethmate möchte wissen, wie hoch der gemeindliche Beitrag sei und wie das gemeindliche Schnittprogramm in Rosendahl verringert werden könne.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass die Gemeinde seit 2002 Mitglied sei und der Beitrag bei ca. 107 €/Jahr liege. Der Beitrag belaufe sich auf 0,01 € pro Einwohner (Einwohnerzahl am 30.06. des Vorjahres ist maßgebend).

Bauhofleiter Aversch ergänzt, dass das gemeindliche Schnittprogramm in den letzten 15 Jahren zurückgefahren worden sei. Ursprünglich seien drei Schnitte im Jahr zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht erfolgt. Mittlerweile sei der mittlere Schnitt eingestellt worden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei Frau Becke für die Ausführungen und verabschiedet sie.

6 Antrag der Interessengemeinschaft Neeland 1-8/Ringstraße 22 auf Änderung der Verkehrsregelung im Baugebiet Gartenstiege in Holtwick, Straße Neeland Vorlage: IX/826

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/826, gibt Erläuterungen und geht auf den durchgeführten Ortstermin ein. Es sei trotz der vorliegenden Emotionen ein sinnvoller Ortstermin zur Erörterung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung gewesen.

Ausschussmitglied Lethmate möchte wissen, ob die Anlieger durch den Ausbau der Straße Straßenausbaubeiträge nach dem KAG zu zahlen hätten.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass die Beiträge aufgrund eines Ablösevertrages mit dem Verkaufspreis (Erschließungsbeitrag nach BauGB für die erstmalige Erschließung) entrichtet worden seien.

Ausschussmitglied Meinert möchte wissen, ob Wortbeiträge der anwesenden Personen zu dem TOP möglich seien.

Ausschussvorsitzender Lembeck teilt mit, dass aufgrund des vorhergehenden Orts-termins keine Öffnung des TOP's vorgesehen sei.

Ausschussmitglied Branse teilt mit, dass die Errichtung von Straßenpollern in der Entscheidung des Straßenbaulastträgers liege. Es sollten sowohl Poller, eine Einengung als auch eine Pflasterung/Asphaltdecke zur Verkehrsberuhigung möglich sein. Er sehe einen Durchgangsverkehr, aufgrund anderweitiger Erschließung, nicht zwingend als nötig an und entsprechend solle dem Anliegen der Anwohner gefolgt werden.

Fachbereichsleiter Croner führt aus, dass mit der Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches eine Kompromisslösung vorgesehen sei, da sich auch Anlieger des alten Wohngebietes Neeland gegen die Errichtung von Pollern in ihrem Wohngebiet ausgesprochen haben. Aktuell sei aus deren Sicht eine gut gewichtete Verkehrsverteilung gegeben. Grundsätzlich werde durch die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches ein gefahrloses Spielen der Kinder auf der Straße möglich. Der geplante Straßenausbau – niveaugleicher Ausbau, Anlegen von beidseitigen Straßenbeeten und die Markierung von Parkflächen – vermittelt Verkehrsteilnehmern, dass dort die Aufenthaltsfunktion überwiegt, sodass spielende Kinder die Straße in ihrer ganzen Breite nutzen können.

Insgesamt werde durch einen verkehrsberuhigten Bereich die Unfallgefahr erheblich verringert, da Kinder in diesem Bereich Vorrang hätten. Auch sieht die Straßenverkehrsordnung dort für PKW's Schrittgeschwindigkeit zwischen 4-7 km/h vor.

Ausschussmitglied Mensing teilt mit, dass eine Abbindung der Straße nicht erfolgen solle, obwohl das Ansinnen der Anwohner nachvollziehbar sei. Hierbei sei aber nicht mit Weitsicht gedacht. Es solle wohl ein gutes Umfeld für Kinder geschaffen werden, jedoch müsse auch eine künftige Nutzung der Straße beachtet werden. Bei der Entstehung des Wohngebietes sei ersichtlich gewesen, wie die Straßenführung verlaufen werde.

Ausschussmitglied Rahsing stellt klar, dass in der CDU-Fraktion intensiv beraten worden sei und eine verkehrsberuhigte Zone bevorzugt werde. Raser sollen als bürgerliche Pflicht entsprechend angesprochen werden. Eine Pflasterung habe wohl eine erhebliche Geräuscentwicklung, sei für Kinder nur bedingt geeignet und entsprechend werde eine Teerdecke favorisiert.

Ausschussmitglied Branse hält es für sinnvoller, wenn Raser durch die Polizei anstelle der Anwohner auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden. Es solle in der heutigen Sitzung ein für alle Seiten tragbarer Kompromiss gefunden werden.

Ausschussmitglied Lethmate hält eine Aussprache mit den Anwohnern für unerlässlich. Ihm missfalle, dass der Tagesordnungspunkt nicht geöffnet werde und anwesende Anwohner keine Wortbeiträge abgeben können. Aufgrund des fehlenden Ausbaustandes sei es nicht glücklich, nun schon über einen Endausbau zu beraten. Es solle eine Verkehrsberuhigung und die Anbringung von Parkplätzen und Bäume vorgenommen werden, um sich dann anschließend die Entwicklung anzuschauen.

Ausschussmitglied Hemker habe bei einem Spaziergang durch Osterwick festgestellt, dass keine gleichartigen Poller zu finden seien. Es solle das Verhalten der PKW-Fahrer beobachtet werden.

Ausschussmitglied Lethmate spricht sich erneut für eine schrittweise Anpassung der Verhältnisse aus, auch um den Bedarf der Anwohner zu decken.

Ausschussvorsitzender Lembeck stellt klar, dass zu einer Verkehrsberuhigung eine Ausweisung von Parkflächen notwendig sei.

Ausschussmitglied Branse ergänzt, dass sowohl eine Verkehrsberuhigung wie auch eine Abbindung durch die Anwohner gewünscht werden. Die solle mit selbigen geklärt und erarbeitet werden.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass der finale Ausbauplan mit den Anwohnern abgesprochen werden soll. Es bestehe die Tendenz zur Pflasterung, da dadurch sowohl die Geschwindigkeit gedrosselt werden könne wie auch eine Nachhaltigkeit vorliege.

Ausschussmitglied Rahsing möchte wissen, ob nach der Ausweisung einer Verkehrsberuhigung auch noch die Anbringung von Pollern möglich sei.

Fachbereichsleiter Croner teilt mit, dass bei einer Beschlussfassung zur Verkehrsberuhigung erst einmal geschaut werden müsse, wie sich der Verkehr nach dem Ausbau der Straße tatsächlich verhalte. Man könne in späteren Jahren grundsätzlich noch einmal über die Einrichtung eines Pollers reden.

Ausschussmitglied Lethmate möchte wissen, ob auch eine Fahrbahnverengung vorgesehen sei.

Dies wird durch Fachbereichsleiter Croner bestätigt.

Ausschussmitglied Meinert spricht sich dafür aus, dass nur der neue Teil der Straßenverkehrsfläche verkehrsberuhigt ausgebaut wird, um hier nicht eine Beitragspflicht auszulösen.

Bürgermeister Gottheil berichtet abschließend, dass der verkehrsberuhigte Ausbau seiner Ansicht nach vorteilhaft sei und bisher noch keine Aussagen bezüglich Rase rei im Altbereich bekannt seien.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Für die zwei neu ausgebauten Stichstraßen „Schulteweg“ und „Neeland“ im Ortsteil Holtwick, erfolgt eine Änderung der Verkehrsregelung durch

Herunterstufung zur Verkehrsberuhigung mit Einbringung von Pollern:

Abstimmungsergebnis: 8 Nein-Stimmen

Abbindung mit Einbringung von Pollern:

Abstimmungsergebnis: 8 Nein-Stimmen

eine bauliche Verkehrsberuhigung:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

Damit ist der Antrag auf Abbindung bzw. Einrichtung von Pollern abgelehnt. Vielmehr erfolgt ein Ausbau des in Rede stehenden Abschnitts als verkehrsberuhigter Bereich.

**7 10. Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/819**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/819 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Den in den Anlagen I und II beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage III aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der als Anlage IV zur Sitzungsvorlage Nr. IX/819 beigefügte Plan mit Begründung zur 10. Änderung des Bebauungsplanes „Hiddings Esch“ im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 2. Änderung des Bebauungsplanes "Hoffmann" im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/820**

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/820 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ausschussmitglied Mensing verlässt von 20.28 Uhr bis 20.31 Uhr die Sitzung.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Dem in Anlage I beigefügten Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage II aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der als Anlage III zur Sitzungsvorlage Nr. IX/820 beigefügte Plan mit Begründung

zur 2. Änderung des Bebauungsplanes „Hoffmann“ im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
ohne Ausschussmitglied Mensing

9 43. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB

Eingegangene Stellungnahmen

Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: IX/824

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/824 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Den in den Anlagen I bis VI der Sitzungsvorlage Nr. IX/824 beigefügten Beschlussvorschlägen, als Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage VII aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen haben.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der Planungsstand wird bestätigt.

Es wird beschlossen, den der Sitzungsvorlage Nr. IX/824 in Anlage VIII beigefügten Planentwurf zur 43. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick mit Begründung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld

Eingegangene Stellungnahmen

Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung gemäß §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 4a BauGB und Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorlage: IX/827

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/827 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Branse erklärt, dass er bei dem Tagesordnungspunkt nicht mehr befangen sei.

Ausschussmitglied Gövert möchte wissen, ob durch die Ausweisung der Kompensationsfläche noch ein Ausgleich bei den Ökopunkten gezahlt werden müsse.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass ein Ökopunkteausgleich bereits in der Ausweisung als Kompensationsfläche berücksichtigt ist.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Den in den Anlagen I bis XIV der Sitzungsvorlage Nr. IX/827 beigefügten Beschlussvorschlägen, als Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung, wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage XV aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen haben.

Der Planungsstand wird bestätigt.

Es wird beschlossen, den der Sitzungsvorlage Nr. IX/827 in Anlage XVI beigefügten geänderten Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Östlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld mit Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß § 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit einer verkürzten Frist erneut öffentlich auszulegen. Es wird beschlossen, dass Stellungnahmen nur zu den im Planentwurf geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden dürfen. Beteiligt werden zudem die von der geänderten Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11 Haushaltsplan für das Jahr 2020: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses

Vorlage: IX/811

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/811 und gibt Erläuterungen. Weiter geht er auf die als Tischvorlage vorgelegten Anträge der B'90/Die Grünen-Fraktion ein und schlägt vor, dass die Anträge beim entsprechenden Produkt beraten werden.

Ausschussmitglied Rahsing teilt mit, dass eine fraktionelle Beratung der Anträge erfolgen solle.

Ausschussvorsitzender Lembeck führt aus, dass eine Kenntnisnahme der Anträge der B'90/Die Grünen-Fraktion in der heutigen Sitzung erfolgen solle.

10 Gebäudemanagement

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Ausschussmitglied Branse verlässt von 20.44 Uhr bis 20.46 Uhr die Sitzung.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

36 Verkehrsangelegenheiten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

51 Bauhof

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Ausschussmitglied Lethmate möchte wissen, ob das Pflegegerät für wassergebundene Straßen für die Unterhaltung von Straßen und Wegen im Flurbereinigungsgebiet angeschafft werden solle und ob die Flurbereinigungsbehörde die entsprechenden Folgekosten tragen werde.

Bauhofleiter Aversch teilt mit, dass das Gerät zur Instandsetzung des Oberflächenverbundes der wassergebundenen Straßen eingesetzt und mögliche Folgekosten durch die Gemeinde zu tragen seien.

Ausschussmitglied Hemker möchte wissen, ob durch das Gerät nur Straßen oder auch Radwege instandgesetzt werden sollen.

Bauhofleiter Aversch teilt mit, dass aufgrund der Breite des Gerätes nur Straßen instandgesetzt werden sollen.

Ausschussmitglied Mensing möchte wissen, ob mit dem Gerät auch eine Wildkrautbekämpfung möglich sei.

Dies wird durch Bauhofleiter Aversch bestätigt.

Ausschussmitglied Lethmate weist darauf hin, dass bei einer Aufnahme der Straße eine Vernichtung der Flora erfolgen könne.

Bauhofleiter Aversch führt aus, dass nur bis zu einer Tiefe bis 6 cm eine Aufnahme erfolgen solle und hierbei eine Beeinträchtigung der vorhandenen Flora erfolgen könne.

Ausschussmitglied Gövert möchte wissen, ob das Gerät mit einem gemeindlichen Schlepper bewegt werden könne.

Bauhofleiter Aversch bestätigt dies.

Ausschussmitglied Hemker möchte wissen, wie viele Wege gepflegt werden sollen und ob die Aufbringung einer Asphaltdecke nicht sinnvoller sei.

Bauhofleiter Aversch teilt mit, dass keine Übersicht über die zu pflegende Wege vorhanden sei.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass zunächst Überlegungen angestellt worden seien, wie der Außenbereich künftig gestaltet werden solle. Hierbei habe es eine Tendenz hin zum wassergebundenen Weg gegeben und ein Wegekonzept solle erstellt werden.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass eine Nachbetrachtung bezüglich der Anzahl der zu pflegenden Wege zur Rechtfertigung der investiven Veranschlagung vorgenommen werde. Auch solle eine Gegenüberstellung mit Alternativen oder einer Fremdvergabe bei Beachtung des Marktes erfolgen.

Ausschussmitglied Lethmate möchte wissen, in welchem Turnus das Gerät eingesetzt werden solle.

Bauhofleiter Aversch gehe davon aus, dass die Pflege der Straßen wenigstens zwei Mal im Jahr erfolgen müsse.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

53 Räumliche Planung und Entwicklung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

54 Bauen und Wohnen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

55 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Ausschussmitglied Lethmate regt an, dass für das Haushaltsjahr 2021 die Situation privater Besitzer von denkmalgeschützten Gebäuden in den einzelnen Ortsteilen dargestellt werden und die Kosten der Unterhaltung dieser Gebäude, durch entsprechende Haushaltsmittel unterstützt werden sollen. Die Verwaltung solle alle schutzwürdigen Gebäude in den Ortsteilen in Bezug auf ihren Renovierungsbedarf ermitteln. Somit könne man erreichen, dass erhaltenswerte Gebäude tatsächlich auch erhalten werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass es schwerlich möglich sei, so eine Liste zu erstellen, da es sich hier um Privatimmobilien handele. Sie berichtet, dass für gemeindliche und auch private schutzwürdige Gebäude mit Unterstützung der gemeindlichen Mitarbeiterin im Bereich Denkmalschutz Fördermittel akquiriert werden.

Ausschussmitglied Lethmate hält den Ansatz der Haushaltsmittel in Höhe von 4.000 € für nicht ausreichend. Er wünscht sich, dass durch die Gemeinde signalisiert werden solle, dass schutzwürdige Privatliegenschaften auch tatsächlich geschützt werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass bisher keine Anfrage von privaten Liegenschaftseigentümern bezüglich einer größeren Förderung bekannt sei.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass ein Einsatz der Haushaltsmittel u.a. für die Instandsetzung von Bildstöcken als Förderung eingesetzt werde. Es müsse die Frage geklärt werden, ob private Gebäude nach Abwägung auch traditionelle Gebäude von gemeindlichem Interesse seien. Entsprechend sei die Erstellung einer Auflistung über eventuell schutzwürdige Gebäude schwierig, auch um eine Schaffung eines Präzedenzfalls zu vermeiden. Entsprechend könne u.a. die Liegenschaft „Darfelder Markt 1“ gemeindlich nicht finanziell unterstützt werden, wohl aber eine beratliche Begleitung erfolgen könne.

Ausschussmitglied Lethmate wünscht, dass strikte Grenzen nicht so eng gefasst werden sollen. Die Verwaltung solle sich auf mögliche Anfragen bezüglich einer Förderung seiner Meinung nach vorbereiten. Er sehe die Verantwortung der Gemeinde bei dem Erhalt von privaten schutzwürdigen Liegenschaften als gegeben.

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass der Eigentümer der Liegenschaft „Darfelder Markt“ am liebsten einen Abriss und den Neubau eines dreistöckigen Wohngebäudes vornehmen möchte. Durch die Gemeindeverwaltung sei auf die schutzwürdige Fassade hingewiesen worden und man habe hierzu die Unterstützung zugesagt. Zu dem Denkmalschutz könne in den politischen Gremien eine Beratung erfolgen, um anschließend eine Beschlussempfehlung für den Rat der Gemeinde Rosendahl zu fassen.

Ausschussmitglied Branse ergänzt, dass die Liegenschaft „Darfelder Markt 1“ in Darfeld zwei schutzwürdige Fassadenbereiche habe. Er gehe davon aus, dass das Gesamtvolumen zur Instandsetzung der Liegenschaft „Darfelder Markt 1“ im siebenstelligen €-Bereich liegen werde. Bei Vorlage eines gemeindlichen Interesses an der Liegenschaft solle die Gemeinde entsprechende Hilfestellungen leisten.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus; dass die Liegenschaft „Darfelder Markt 1“ in das IKEK (Integriertes kommunales Entwicklungskonzept) aufgenommen worden sei und für die Maßnahme wohl Fördermittel in Höhe bis zu 250.000 € beantragt werden können.

Ausschussmitglied Lethmate argumentiert, das sich nicht jede Maßnahme für die Gemeinde rechnen müsse. Wichtiger sei es, ortsprägende Denkmale/Objekte in ihrem Bestand zu erhalten.

Ausschussmitglied Gövert teilt mit, dass ein Eigentümer einer vermeintlich schutzwürdigen Liegenschaft an die Verwaltung herantreten solle, auch um den Eigenwillen zum Erhalt der Liegenschaft zum Ausdruck zu bringen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

57 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Ausschussmitglied Lethmate geht auf den Verlauf und den investiven Zuschuss der Gemeinde zu der Flurbereinigung Darfeld ein. Er möchte wissen, ob eine Beauftragung der Maßnahmen in 2020 erfolge.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass sich die Gemeinde mit Mitteln in Höhe von 360.000 € an der Flurbereinigung Darfeld beteiligen werde und Fördermittel der Landesregierung NRW in das Verfahren einfließen werden. Erst nach Fertigstellung der Maßnahmen sei eine Endabrechnung, auch im Hinblick auf den zu erbringenden Gemeindeanteil, möglich. Es werde mit einer Fertigstellung zwischen 2021 und 2022 und einem Maßnahmenende insgesamt im Jahr 2023 gerechnet.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

58 Winterdienst

Ausschussmitglied Mensing geht auf die gemeindlichen Streupläne ein und möchte wissen, wie der Streudienst umgesetzt und ob dieser an die Schulbuspläne angepasst werde.

Bauhofleiter Aversch teilt mit, dass unter der Woche ab 3 Uhr die Wetterlage kontrolliert werde und 11 verschiedene Punkte zur Beurteilung angefahren werden. Anschließend werde entschieden, ob und wie gestreut werde. Schulwege werden im Bedarfsfall ab 4 Uhr gestreut. Selbstverständlich werden die Streupläne in Anlehnung an die fortgeschriebenen Schulbuspläne aktualisiert.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

59 Natur- und Landschaftsschutz

Ausschussmitglied Rahsing wünscht, dass Brachflächen biotopisch aufgewertet werden sollen. Er möchte wissen, ob mit den Haushaltsmitteln aus Produkt 61 entsprechende Maßnahmen übernommen werden können.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit Mitteln aus dem Produkt 61 Maßnahmen für die Öffentlichkeit und in diesem Zusammenhang für Referenten bestritten werden können. Bei Produkt 59 seien Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € eingestellt. Hieraus könne z. B. der Erwerb von Ökopunkten erfolgen. Um eine Aufwertung von Brachflächen vornehmen zu können, müssten diese zunächst ermittelt und bewertet werden, um eine Vergleichbarkeit mit dem Ankauf von Ökopunkten zu ermöglichen. Auch müssten entsprechende Maßnahmen mit dem gemeindlichen Personalbestand umsetzbar sein. Dies brauche bei dem Kauf von Ökopunkten nicht weiter beachtet werden. Bei Vorlage von Fakten, Daten und Zahlen zu eventuell möglichen Maßnahmen könne entsprechend berichtet werden.

Ausschussvorsitzender Lembeck macht deutlich, dass die WBC des Kreises Coesfeld darauf hingewiesen werden solle, ein größeres Engagement in Rosendahl zu zeigen.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass zuletzt eine Verwendung u.a. auch für die Renaturierung eines Bachlaufs in der Jägerheide und nicht nur für den Ankauf von Ökopunkten erfolgt sei.

Ausschussmitglied Mensing spricht den ehemaligen Antrag der WIR-Fraktion auf die Schaffung eines Hochzeitswaldes und die damit verbundene Anpflanzung von Bäumen an. Auch stellt er den Antrag auf die Verweisung der Anträge der B'90/Die Grünen-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss.

Einer Verweisung der Anträge der B'90/Die Grünen-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss wird ohne formelle Abstimmung zugestimmt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

60 Öffentliche Grünflächen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

61 Klimaschutz

Eine Verweisung des Antrages zum Klimakonzept der B'90/Die Grünen-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss wird ohne formelle Abstimmung zugestimmt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Es erfolgen insgesamt keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Die im Entwurf des Haushaltes 2020 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

10	Gebäudemanagement
36	Verkehrsangelegenheiten
51	Bauhof
53	Räumliche Planung und Entwicklung
54	Bauen und Wohnen
55	Denkmalschutz und Denkmalpflege
57	Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen
58	Winterdienst
59	Natur- und Landschaftsschutz
60	Öffentliche Grünflächen
61	Klimaschutz

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2020 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 Mitteilungen

12.1 10. Änderung der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick - Frau Brodkorb

Fachbereichsleiterin Brodkorb teilt mit, dass die schriftliche Bestätigung des Vorhabenträgers zu dem Ausgleich der Ökopunkte vorliege. Aufgrund des Vorratsbeschlusses in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss (PLBUA/IX/42) vom 19. September 2019 werde die Beschlussvorlage nun direkt in der Sitzung des Rates am 27. Februar 2020 zur Entscheidung vorgelegt.

13 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

14 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (2. Teil)

14.1 Tinyhäuser in Rosendahl - Herr Mensing

Ausschussmitglied Mensing möchte wissen, ob in Rosendahl die Möglichkeit bestehe, Tinyhäuser aufzustellen und ob baurechtliche Belange eine Erstellung erschweren können.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass für die Aufstellung von Tinyhäusern zunächst passende Grundstücke vorhanden sein müssten. Bei der Erstellung von neuen Bebauungsplänen könne nach geeigneten Flächen geschaut werden. Anschließend könne eine Interessentenabfrage und bei ausreichenden Interessenten eine Beratung in den politischen Gremien erfolgen. Bisher habe es noch keine Anfrage bezüglich einer Errichtung gegeben.

Fachbereichsleiterin Brodkorb ergänzt, dass ein gewisser Standard (Wärmeschutz, Kanalisation etc.) gewährleistet sein müsse. Zur Verdeutlichung der tatsächlich benötigten Flächen und Voraussetzung könne man sich Tinyhäuser in Warendorf anschauen.

14.2 Autorennen in Osterwick - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller gibt bekannt, dass am Samstag, 08. Februar 2020, ein Autorennen durch den Ortskern von Osterwick stattgefunden habe. Hierbei seien Geschwindigkeiten von 100 km/h erzielt worden. Die Polizei sei entsprechend informiert worden. Ursächlich für das Rennen sei eine Hochzeit gewesen. Es solle versucht werden, derartige Rennen zu verhindern.

Fachbereichsleiter Croner führt aus, dass bei Bekanntsein des PKW-Nummernschildes dies an die Polizei gemeldet werden solle. Grundsätzlich liege die Überwachung des fließenden Verkehrs nicht in der Zuständigkeit der Ordnungsbehörden, sondern bei der Polizei.

Guido Lembeck
Ausschussvorsitzender

Marco Heitz
Schriftführer